

Steueranreize: ÖVP will Pensionisten zum Arbeiten bringen, Grüne bremsen

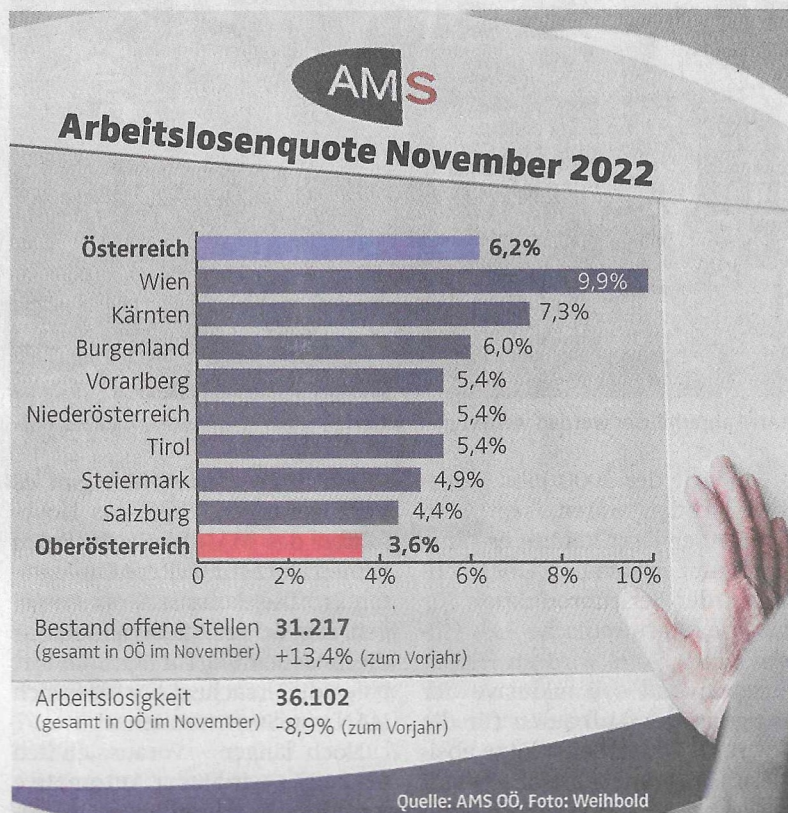
Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren, Zahl der offenen Stellen steigt

LINZ/WIEN. Der Arbeitsmarkt bleibt trotz des Konjunkturabschwungs robust. Im November betrug die Arbeitslosenquote 6,2 Prozent, das ist der niedrigste November-Wert seit 15 Jahren. In Oberösterreich herrscht mit der niedrigsten Quote von 3,6 Prozent (minus 0,5 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr) Vollbeschäftigung, wie die Zahlen des Arbeitsmarktservice (AMS) zeigen. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist besonders stark zurückgegangen (minus 33,6 Prozent).

Für die Unternehmen ist es schwer, Mitarbeiter zu finden. In Oberösterreich ist die Zahl der offenen Stellen um 13,4 Prozent auf 31.217 gestiegen. Laut Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner (VP) gibt es tatsächlich wohl rund doppelt so viele offene Stellen, es würden gar nicht mehr alle gemeldet. „Die Personalnachfrage bleibt trotz aller Krisenszenarien in allen Branchen hoch“, sagt AMS-Chef Gerhard Straßer.

Der Arbeitskräftemangel ist auch Thema beim Treffen der Arbeitslandesräte mit Arbeitsminister Martin Kocher (VP) heute, Freitag. Achleitner bringt als eine Maßnahme den Vorschlag eines steuerfreien Zuverdienstes für Pensionisten ein. Rentner sollen künftig ohne Lohnsteuer, Pensionsversicherungsbeiträge sowie andere Abgaben arbeiten können, nur der Krankenversicherungsbeitrag soll fällig werden.

Eine Studie des Market-Instituts, bei der 1012 Personen zwischen 56 und 75 Jahren befragt wurden, zeigt das Potenzial. 25



73-JÄHRIGER GUTACHTER GEHT NACH STRASSBURG

Ein langjähriger Linzer Arzt, der weiterhin als selbstständiger Gutachter arbeitet, ficht schon lange einen Kampf gegen die **Vorschreibung, dass er als Pensionist Pensionsbeiträge zahlen soll**. In Österreich ist er bisher in allen Instanzen gescheitert. Jetzt ruft er den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg an.

Der 73-jährige Ingomar Heuberger, der seit 2016 gegen die Pen-

sionsbeitragsvorschreibung kämpft, wendet nicht nur eine **überlange Verfahrensdauer** ein, sondern macht auch geltend, dass in sein verfassungsrechtlich geschütztes **Eigentumsrecht** eingegriffen werde. Außerdem führt er an, dass er **aufgrund seines Alters diskriminiert** sei. Die Beiträge würden seinen Zugang zur Erwerbsarbeit erschweren, schreibt Heuberger in seiner Beschwerde, die den OÖNachrichten vorliegt. (dm)

Prozent wollen „auf jeden Fall“ arbeiten, wenn es steuerfrei ist. Werden weiterhin Steuern fällig, sind es 13 Prozent. Die Gruppe möchte im Schnitt 13 Stunden und 20 Minuten arbeiten. Insgesamt sind das rund 26.000 arbeitswillige Personen bzw. 9000 Arbeitskräfte auf Vollzeitbasis.

Keine Einbußen für den Staat

„Es würde für die öffentliche Hand keine finanziellen Einbußen bedeuten, weil diese Pensionisten sonst ohnehin nicht arbeiten würden“, sagt Achleitner. Die Betriebe würden mit einer höheren Produktivität ein höheres Steueraufkommen bringen. Erfahrungen und Fachwissen der Menschen könnten genutzt werden, sagt Achleitner. Das Modell sei rasch umzusetzen. Kocher und Finanzminister Magnus Brunner (VP) sind demnach auch dafür, es gebe „positive Signale“. Mit Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen laufen laut Achleitner Gespräche.

Der Koalitionspartner in der Bundesregierung bremst aber. Es sei „grundsätzlich fair, dass auch pensionierte Beschäftigte weiterhin Pensionsversicherungsbeiträge zahlen, weil es ansonsten zu Verdrängungseffekten kommen kann“, heißt es aus dem Sozialministerium: Pensionierte Beschäftigte könnten nicht-pensionierten Beschäftigten vorgezogen werden, um Lohnnebenkosten zu sparen. Davon wären insbesondere Berufswiedereinsteiger betroffen. Aus diesen Gründen stehe das Sozialministerium „den Vorschlägen reserviert gegenüber“. (az)